

N i e d e r s c h r i f t

**über die 41. (872.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Dienstag, den 29. Oktober 2019, 20.00 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathauses
- unter verkürzter Ladefrist -**

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Rainer Adelmund
Stv. Bürgermeister Jan Martin Janssen
Stv. Bürgermeisterin Gerda Spies
Ratsherr Ingo Börgmann
Ratsherr Robin Kuper
Ratsherr Ron Piekarski
Ratsherr Kim Streitbürger
Ratsherr Sigurd Uecker
Ratsherr Jochen Voß

Es fehlt entschuldigt:

Ratsherr Olaf Sommer

Bürgermeister Uwe Garrels
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Kämmerin Conny Baller
Abteilungsleiter Marc Sjuts
Protokollführerin Rena Janssen

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Adelmund eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Die Tagesordnung wurde im Vorfeld um den Tagesordnungspunkt

**Zu Punkt 18: Dienstaufsichtsbeschwerde
(s. Vorlage Nr. VO19-229)**

erweitert.

Der Tagesordnungspunkt

**Zu Punkt 15: Einführung eines Tax-Compliance-Management-Systems
(s. Vorlage VO19-209)**

Wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 39. (870.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 19.09.2019

Die Niederschrift über die 39. (870.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 19.09.2019 wird 9 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Zu Punkt 5: Genehmigung der Niederschrift über die 40. (871.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 15.10.2019

Die Niederschrift über die 40. (871.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 15.10.2019 wird mit 9 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Zu Punkt 6: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Entfällt!

Zu Punkt 7: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Bärbel Kraus

Frau Kraus verweist auf den Ablösevertrag der Wohngenossenschaft „Uns Oog“. Hier wurde als Vertragsunterzeichnerin die zukünftige Bürgermeisterin Frau Horn angegeben. Sie erkundigt sich nach dem Grund.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass Frau Horn als zukünftige Bürgermeisterin gesetzliche Vertreterin der Inselgemeinde sein wird. Weiterhin erklärt er, dass in der heutigen Sitzung nicht über die Vertragsinhalte diskutiert wird.

Weiterhin erkundigt sich Frau Kraus wie verbindlich die Absichtserklärung sei.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass in der heutigen Sitzung nicht der Vertrag geschlossen wird. Zudem müsse vor Vertragsschluss durch Zerlegung des Flurstückes 164/21 ein eigenständiges Buchgrundstück für das genossenschaftliche Wohnprojekt gebildet worden sein.

**Zu Punkt 8: Feststellung der Jahresrechnung 2015 und Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2015
(s. Vorlage Nr. VO19-201)**

Der Rat beschließt mit 5 Ja-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen

1. den Jahresabschluss der Inselgemeinde Langeoog für das Haushaltsjahr 2015 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG,
2. das ordentliche Jahresergebnis wird in Höhe von 1.060.140,76 EUR gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG mit dem kameralen Soll-Fehlbetrag verrechnet. Der verbleibende Anteil in Höhe von 221.748,47 EUR wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.031.737,17 EUR wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt,
3. dem Bürgermeister wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG für die Führung der Haushaltswirtschaft im Haushaltsjahr 2015 Entlastung erteilt.

**Zu Punkt 9: Ergänzung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2017
(s. Vorlage Nr. VO19-202)**

Der Rat beschließt mit 7 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen

der überplanmäßigen Auszahlung für den Bau Hauptstraße in Höhe von 55.661,70 EUR gemäß § 117 NKomVG zuzustimmen.

Die überplanmäßige Aufwendung in Höhe von 18,00 EUR wird zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 10: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 117 NKomVG für das Haushaltsjahr 2018
(s. Vorlage Nr. VO19-203)**

Der Rat beschließt mit 7 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 86.260,29 EUR sowie den über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 273.617,90 EUR, zusammengestellt in Anlage 1, gemäß § 117 NKomVG zuzustimmen sowie der Rückstellung für Überstunden überplanmäßig 7.410,45 EUR zuzuführen.

Die unerheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gemäß Anlage 2 werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 11: Schmutzwassergebühr – Vorkalkulation 2019
(s. Vorlage Nr. VO19-205)**

Der Rat beschließt einstimmig die Kostenüberdeckung 2017 wurde durch die Beibehaltung der Schmutzwasserbeseitigungsgebühr in Höhe von 2,43 Euro/m³ im Jahr 2019 ausgeglichen.

**Zu Punkt 12: Satzung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Schmutzwassergebühr
(s. Vorlage Nr. VO19-206)**

Der Rat beschließt einstimmig die Satzung zur 3. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Schmutzwasserbeseitigungsgebühr der Inselgemeinde Langeoog in der vorliegenden Fassung.

**Zu Punkt 13: Satzung zur 4. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Niederschlagswassergebühr
(s. Vorlage Nr. VO19-207)**

Der Rat beschließt einstimmig die Satzung zur 4. Änderung der Satzung über die Erhebung einer Niederschlagswassergebühr der Inselgemeinde Langeoog in der vorliegenden Fassung.

**Zu Punkt 14: Straßenreinigungsgebühr – Satzung zur 2. Änderung der Gebührensatzung der Inselgemeinde Langeoog
(s. Vorlage Nr. VO19-208)**

Ratsherr Kuper verweist auf die neu erworbene Kehrmaschine. Da das Rechnungsprüfungsamt den Erwerb bemängelt habe, werde er sich bei dem Tagesordnungspunkt enthalten. Er stellt klar, dass dies nicht gegen die Kämmerin gerichtet sei.

Der Rat beschließt mit 9 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung die Satzung zur 2. Änderung der Gebührensatzung der Inselgemeinde Langeoog (Straßenreinigungsgebührensatzung) für die Straßenreinigung in der vorliegenden Fassung

**Zu Punkt 15: Einführung eines Tax-Compliance-Management-Systems
(s. Vorlage VO19-209)**

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**Zu Punkt 16: Ablösevertrag über die Erschließungskosten zwischen der Inselgemeinde Langeoog und der Wohngenossenschaft Uns Oog eG
(s. Vorlage VO19-226)**

Bürgermeister Garrels erklärt sich bei diesem und dem folgenden Tagesordnungspunkt für im Mitwirkungsverbot, da er im Vorstand der Wohngenossenschaft sei. Er nimmt im Publikum Platz.

Ratsherr Kuper stellt klar, dass er nicht gegen die Wohngenossenschaft sei. Da die Vorlage jedoch, erst spät versendet wurde, hatte er keine Zeit sich auf den Tagesordnungspunkt gründlich vorzubereiten.

Ratsherr Uecker ist der Meinung, dass kein Anwesender gegen das Projekt der Wohngenossenschaft sei. Da er die Unterlagen erst am Donnerstagabend erhalten habe, konnte auch er sich nicht gründlich vorbereiten. Er werde dem Beschlussvorschlag trotzdem folgen.

Der Rat erklärt mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme seine Absicht, auf Basis des vorliegenden Entwurfes einen Vertrag über die Ablösung des Erschließungskostenbeitrages zwischen der Inselgemeinde Langeoog und der Wohngenossenschaft Uns Oog EG abzuschließen.

**Zu Punkt 17: Erbbaurechtsvertrag zwischen der Inselgemeinde Langeoog und der Wohngenossenschaft Uns Oog eG
(s. Vorlage VO19-227)**

Stv. Bürgermeister Janssen erinnert daran, dass er das Projekt Wohngenossenschaft vor einigen Jahren in einer öffentlichen Ratssitzung vorgestellt habe. Vor kurzem habe man sich mit den Bauunternehmen finanziell geeinigt. Zudem musste der Mietpreis angepasst werden. Da am nächsten Tag die Verhandlungen mit der NBank beginnen, sei die Unterstützung des Rates von großer Bedeutung.

Ratsherr Kuper erklärt, dass vor der heutigen Ratssitzung die Formulierung des Beschlussvorschlages geändert wurde.

Ratsvorsitzender Adelmund erläutert, dass er die Änderung aufgenommen habe.

Ratsherr Uecker wünscht im Namen seiner Fraktion bei den Verhandlungen mit der NBank viel Erfolg insbesondere bei der Anpassung der Fördergelder von 15 % auf 30 %. Er bemängelt die späte Versendung der Unterlagen.

Der Rat erklärt mit 8 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme auf Basis des aktuellen Entwurfes des Erbbaurechtsvertrages seine Absicht, das genossenschaftliche Wohnprojekt Uns Oog eG weiterhin zu unterstützen und den Erbbaurechtsvertrag sowie den dazu erforderlichen Ablösevertrag über die Erschließungskosten mit der Genossenschaft abzuschließen.

Zu Punkt 18: Dienstaufsichtsbeschwerde **(s. Vorlage Nr. VO19-229)**

Herr Bürgermeister Garrels erklärt sich auch bei diesem gegen seine Person gerichteten Tagesordnungspunkt für im Mitwirkungsverbot und nimmt erneut im Publikum Platz.

Ratsvorsitzender Adelmund verliest folgendes Ergebnis:

Bei der eingehenden Prüfung der Dienstaufsichtsbeschwerde ist festgestellt worden

1. dass die in der Dienstaufsichtsbeschwerde genannten Vorwürfe wegen sexistischer Sprüche bei der Aufarbeitung nicht bestätigt wurden und
2. dass bei einem Großteil der dem Bürgermeister Garrels vorgeworfenen Vorgänge dieser gar nicht involviert war, entweder, weil er noch gar nicht im Amt war oder tatsächlich über die Vorgänge nicht informiert worden ist. Bezüglich eines anderen Teils der Vorfälle war Herr Bürgermeister Garrels zwar informiert, ist aber nicht eingeschritten, weil ein Einschreiten insoweit gar nicht notwendig oder geboten war. Bezüglich der Vorfälle, die ein Einschreiten des Bürgermeisters erforderten und von denen Herr Bürgermeister Garrels auch Kenntnis erlangt hatte, ist dieser jeweils tätig geworden. Der von Herrn Dollmann erhobene Vorwurf der Untätigkeit des Bürgermeisters Uwe Garrels, Langeoog, bei der Einleitung von strafrechtlichen, arbeitsrechtlichen und disziplinarrechtlichen Schritten ist mithin unbegründet.

Ein persönliches Fehlverhalten des Bürgermeisters ist nicht erkennbar. Auf Grundlage der maßgebenden Bestimmung des NKomVG und des NBG ist ein persönliches Fehlverhalten des Bürgermeisters wegen des in der Dienstaufsichtsbeschwerde gerügten Verhaltens nicht erkennbar.

Ratsherr Voss verweist auf die Gespräche durch zwei Ratsmitglieder mit den von Herrn Dollmann genannten Zeugen. In diesen Gesprächen seien Anschuldigungen gegenüber Mitarbeitern der Inselgemeinde vorgebracht worden. Er erkundigt sich, ob diese mit Konsequenzen zu rechnen haben.

Ratsvorsitzender Adelmund erklärt, dass er in Zusammenarbeit mit stv. Bürgermeister Jansen, die Dienstaufsichtsbeschwerde bearbeitet habe. Die Ergebnisse wurden mit der Kommunalaufsicht, einem Rechtsanwalt und der den Gemeinderatsabgeordneten abgestimmt. Die Niederschriften der Aussagen wird er der Kommunalaufsicht zukommen lassen.

Ratsherr Uecker erklärt, dass sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde, da sie bei den Vorgängen nicht beteiligt war.

Der Rat beschließt mit 5 Ja-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen die Dienstaufsichtsbeschwerde des Herrn Hinrik Dollmann gegen Herrn Bürgermeister Uwe Garrels wegen Untätigkeit wird als unbegründet zurückgewiesen.

Die jetzige und zukünftige Verwaltung der Gemeinde wird jedoch aufgefordert zu prüfen, ob arbeits-, dienst- oder disziplinarrechtliche Schritte gegen Beschäftigte der Gemeinde oder gemeindeeigener Betriebe einzuleiten sind.

Bürgermeister Garrels nimmt wieder an der Sitzung teil.

Zu Punkt 19: Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

1. Bürgermeister Garrels verliest die Genehmigungsverfügung des Landkreises Wittmund zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019.
2. Bürgermeister Garrels berichtet, dass die Schlussrechnung der Feuerwehr eingetroffen sei. Das Projekt wurde für die Gesamtsumme in Form eines Festpreises in Höhe von brutto 3.971.680,16 EUR an die Johann Bohlen GmbH mit dem Planungsbüro UIU vergeben. Der Abschluss des Projektes wurde auf Juni 2019 festgesetzt. Im Rahmen der Bauausführung haben sich verschiedene Mehr- und Minderleistungen ergeben, die jeweils in den zuständigen Gremien bekanntgegeben worden sind bzw. entsprechende Beschlüsse gefasst wurden. Mit der Schlussrechnung haben sich nun für die vertraglich vereinbarten Leistungen Gesamtkosten in Höhe von 3.938.404,25 EUR ergeben. Daraus ergibt sich insgesamt eine Einsparung in Höhe von 33.275,91 EUR. Die neue Feuerwehr wurde in dem vertraglich vereinbarten Rahmen fristgerecht übergeben.

Zu Punkt 20: Anträge und Anfragen

Entfällt!

Zu Punkt 21: Einwohnerfragestunde

Rüdiger Schmidt

Herr Schmidt verweist auf das vom Bürgermeister vorgelesene Schreiben des Landkreises Wittmund zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019. Hier sei die schlechte finanzielle Lage der Gemeinde gut erkennbar. Dennoch soll die Inselgemeinde für die Erschließungskosten für die Wohngenossenschaft „Uns Oog“ aufkommen. Er fragt nach, ob allen Anwesenden die finanzielle Lage so bewusst ist.

Ratsherr Uecker erklärt, dass die finanzielle Lage den Ratsmitgliedern bewusst sei. Jedoch sei die Wohngenossenschaft gewünscht und erforderlich. Er berichtet, dass normalerweise die Erschließungskosten vom Bauherrn getragen werden. Es müsse im Vorfeld geprüft werden, ob die Inselgemeinde die Kosten übernehmen könne. Des Weiteren fehle ihm ein Gesamtkonzept für die Zukunft. Er ist sich darüber bewusst, dass Investitionen nur mit einem Darlehen finanziert werden können. Verkäufe von Liegenschaften würden das Problem nicht lösen.

Kämmerin Baller stellt klar, dass der Haushalt der Inselgemeinde ausgeglichen und zur Finanzierung der laufenden Ausgaben nicht auf Verkäufe angewiesen sei. Das Problem sei,

den Haushalt des Tourismus-Service zu stabilisieren. Die Verluste können, soweit diese den sogenannten öffentlichen Anteil übersteigen, nicht von der Inselgemeinde aufgefangen werden. Des Weiteren berichtet sie, dass die Erschließungskosten für die Wohngenossenschaft „Uns Oog“ durch den Ablösevertrag über eine Laufzeit von 99 Jahren verteilt werden. Hierzu wird durch die Gemeinde ein Darlehen aufgenommen. Dies wird aber durch die darüber hinaus laufenden Ausgleichszahlungen aus dem Ablösevertrag ausgeglichen.

Elke Gewert

Frau Gewert verweist auf das ehemalige Feuerwehrgebäude. Sie erkundigt sich, wieso dieses historische Gebäude nicht erhalten geblieben sei.

Bürgermeister Garrels führt aus, dass das Gebäude nicht unter Denkmalschutz stand, sondern teilweise aus den 80er Jahren stamme und mehrfach ergänzt wurde. Im Zuge des Interessenbekundungsverfahrens für die neue Feuerwehr wurde das alte Gebäude zur Eigenfinanzierung veräußert. Es sei auf einen hohen Erlös angekommen. Ein Denkmal oder eine Kultureinrichtung seien daher hier nicht möglich gewesen. Das neue Gebäude wird jedoch in der Bauform die Grundzüge des alten Feuerwehrgebäudes aufnehmen.

Adda Fischer

Frau Fischer verweist auf den Neubau des Freizeit- und Erlebnisbades. Sie erkundigt sich nach der Finanzierung.

Bürgermeister Garrels stellt klar, dass es unabdingbar sei, dass das Gebäude fertiggestellt werde.

Christa Franz

Frau Franz erkundigt sich, aus welchem Grund kein Eintritt für das Freizeit- und Erlebnisbad genommen wird. Sie berichtet, dass auf den anderen Inseln der Gästebeitrag mit dem von Langeoog vergleichbar sei. Dort müssten die Gäste jedoch für die Schwimmbadnutzung bezahlen.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass das Freizeit- und Erlebnisbad über den Gästebeitrag finanziert wird. Durch die Aktion „Langeoog geht baden“ wurde die kostenlose Nutzung des Freizeit- und Erlebnisbades eingeführt. Hierdurch habe es erhebliche Mehreinnahmen ergeben.

Bärbel Kraus

Frau Kraus verweist auf einen Zeitungsartikel in der Ostfriesen-Zeitung, dass die Insel Norderney massiv gegen Zweckentfremdung von Wohnraum zu touristischen Zwecken vorgehen wird. Sie erkundigt sich, ob dies auch für Langeoog möglich wäre.

Bürgermeister Garrels erklärt, dass der Rat sich vor einiger Zeit bereits mit dem Thema befasst, Änderungen aber nicht beschlossen habe. Insofern sei eine Satzungsänderung derzeit nicht geplant. Langeoog habe einen anderen Weg beschritten und wird durch den neuen Bebauungsplan W neuen insularen Wohnraum schaffen. Durch die Satzungsänderung auf Norderney werde in die Eigentumsrechte eingegriffen.

Christa Franz

Frau Franz erkundigt sich nach dem Sachstand zu den Obdachlosenunterkünften „Am Wald“.


Bürgermeister Garrels berichtet, dass Angebote von Firmen für alternative Unterkünfte eingeholt wurden. Hier waren jedoch die Kosten zu hoch. Es werden derzeit neue Angebote eingeholt.

Zu Punkt 22: Schließung der Sitzung


Ende: 21:40 Uhr



Uwe Garrels
Bürgermeister



Rena Janssen
Protokollführerin



Rainer Adelmund
Ratsvorsitzender